

Dank der EU kommen weitere 10.000 Asylanten



Deutschland nimmt zusätzlich über 10.000 Asylanten aus Nordafrika und dem Nahen Osten auf. Eine entsprechende Zusage der Bundesregierung soll in dieser Woche bei der EU-Kommission eingegangen sein. Die Aufnahme erfolgt demnach im Rahmen eines neuen EU-Umsiedlungsprogramms. Es gibt mehrere EU-Umsiedlungsprogramme. Das bekannteste ist wohl Programm aus dem Jahr 2015,

mit dem bis zu 160.000 Migranten aus Italien und Griechenland auf andere EU-Länder verteilt werden sollen. Gelungen ist das bisher nur bei einem Bruchteil, im Sommer 2017 wurde verkündet, die Umsiedlung sei bei 29.000 Menschen erfolgt. Das Programm soll angeblich besonders schutzbedürftigen Personen einen direkten Weg nach Europa öffnen. Bis Herbst 2019 sollen mindestens 50.000 weitere Asylbewerber vor allem aus Nordafrika in der EU angesiedelt werden. Deutschland übernimmt ein Fünftel, woraus sich die 10.000 Personen ergeben. Was jedoch passieren wird, wenn andere EU-Staaten die Aufnahme der anderen 40.000 verweigern ist offen. Damit hat die Bundesregierung eine weitere Kleinstadt mit Personen geschaffen, die überwiegend unser Land nicht mehr verlassen werden.

Der EU-Flüchtlingskommissar forderte in dem Zusammenhang erneut Deutschland auf, die Grenzkontrollen insgesamt einzustellen. Mit der Umsetzung dieser Forderung würde in kürzester Zeit eine massive Zunahme der illegalen Einwanderung erfolgen. Während andere Staaten die Grenzsicherung ausbauen, soll Deutschland offenbar überrannt werden. Diese Asylpolitik war und wir von uns Republikanern niemals mitgetragen werden.

Österreich zeigt die Möglichkeiten auf

Wie die Masseneinwanderung unterbunden werden kann, zeigt erneut unser österreichischer Nachbar. Nach Antritt der neuen ÖVP-FPÖ Regierung hagelt es Veränderungen. Burka-Verbot, Streichung der Zuschüsse von straffälligen Asylbewerbern und jetzt soll ein weiteres Gesetzpaket die illegale Migration stoppen. Bis zu 840 Euro Bargeld sollen Asylbewerber abgeben müssen, um sich an den Verfahrenskosten zu beteiligen. Auch die Handys von Flüchtlingen können von den Behörden überprüft werden, was theoretisch auch in Deutschland bereits möglich wäre. FPÖ-Vizekanzler Heinz Christian Strache kündigte zudem an, dass straffällig gewordene Flüchtlinge umgehend in Abschiebehaft genommen und außer Landes gebracht würden.

Zutreffend führte er weiter aus: „Wenn solche Gesetze sich herumsprechen, hat das ja auch eine präventive Wirkung. Viele werden dann vielleicht auch gar nicht mehr das Interesse haben, in der Art und Weise zu uns aufzubrechen, auch in dem Wissen, dass sie vielleicht auch nach Bargeld durchsucht werden.“

Ferner beschloss die österreichische Bundesregierung, dass Asylbewerber ihr Bleiberecht verlieren, sofern sie "Urlaub im Heimatland" machen sollten. Auch jugendliche Straftäter könnten künftig abgeschoben werden. Damit wird deutlich, welche Möglichkeiten vorhanden sind, wenn der Wille zur Veränderung besteht.

Rezessionsgefahr steigt weiter

Das Risiko einer Rezession in Deutschland ist deutlich gestiegen. Das signalisiert der Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Für den Zeitraum von April bis Ende Juni weist das Frühwarninstrument eine mittlere Rezessionswahrscheinlichkeit von 32,4 Prozent aus. Im März hatte das Rezessionsrisiko bei lediglich 6,8 Prozent gelegen. Die Konjunkturampel sei von "grün" auf "gelb" gesprungen, teilte das Institut mit. Den deutlichen Anstieg beim Rezessionsrisiko erklärt das IMK mit einer Mischung aus drei Faktoren - dem zuletzt merklichen Rückgang der Industrieproduktion, einer gestiegenen Volatilität an den Börsen und einer Eintrübung von Stimmungsindikatoren.

Mehr Straftaten an Schulen

Um fast fünf Prozent ist die Zahl der Straftaten alleine in nordrhein-westfälischen Schulen gestiegen. Dabei wurde insbesondere ein Anstieg von Gewaltdelikten verzeichnet. So nahm die Zahl der Körperverletzungen um elf Prozent zu, von 5600 auf 6200. Die Fälle von Raub stiegen von 91 auf 105 - eine Zunahme um ein Fünftel. Die Aufklärungsquote der an Schulen begangenen Straftaten stieg nur leicht an: 2016 wurden nur 38,2 Prozent der Fälle aufgeklärt, 2017 waren es 40,2 Prozent. Es sind aber nicht nur Schüler, die vermehrt Angst vor Übergriffen haben. Auch Lehrer sehen sich immer mehr Anfeindungen und auch körperlichen Attacken ausgesetzt, wie eine Umfrage unter 2000 Lehrkräften ergab. Daher fordern die Republikaner ein neues Sicherheitskonzept für Schulen. Null Toleranz gegenüber Straftätern und Kriminellen. Dabei muss auch das Thema der Inländerfeindlichkeit endlich thematisiert werden, denn häufig bilden einheimische Kinder bereits in den Schulen eine Minderheit und werden massiv gemoppt. Hierbei handelt es sich nicht um ein neues Phänomen, sondern um eine Entwicklung, die bisher tabuisiert wurde.

REP Gemeinderat wird aus Sitzung ausgeschlossen

Im Wehrer Gemeinderat geht es hoch her. Dabei schreckt der politische Gegner auch nicht vor dem Ausschluss gewählter Vertreter zurück, wie sich an dem Beispiel des Republikaner-Stadtrat Wolfgang Meier gezeigt hat. Gegen seinen Ausschluss wehrte sich Wolfgang Meier mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Wehrer Bürgermeister Michael Thater.

Hintergrund des Ausschlusses war, dass sich das REP-Ratsmitglied bei dem „Brennet-Areal nicht auf Linie der Stadt“ befunden habe. Meier habe darauf beharrt, seine Meinung äußern zu dürfen. Dennoch habe der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, ihn aus der weiteren Beratung auszuschließen. Unter Protest habe er daraufhin den Sitzungssaal verlassen. Die Kommunalaufsicht habe den Vorgang geprüft und die Dienstaufsichtsbeschwerde verworfen. Nun überlegt Wolfgang Meier klageweise gegen die Entscheidung vorzugehen.

Weitere Infostände und Verteilungen in NRW



Mit Infoständen und Verteilungen werben in Nordrhein-Westfalen die Parteifreunde weiter für unsere Ziele. Neben Düsseldorf wird dabei das Ruhrgebiet besonders intensiv bearbeitet, um die lokalen Strukturen auszubauen. In diesem Zusammenhang ist es besonders erfreulich, dass die Zustimmung und Informations-bereitschaft sich entwickelt hat. Im Vergleich zu den früheren Jahren

finden nahezu keine Anfeindungen mehr statt.

Informationsveranstaltungen unserer Partei

Aufgrund der steigenden Nachfrage werden alle Untergliederungen gebeten neue oder zusätzliche Veranstaltungen der Geschäftsstelle zu melden, damit diese beworben und ggf. die Daten an interessierte Personen weitergeleitet werden können. Termine und Änderungen bitte per Mail oder Fax an unten aufgeführte Kontaktdaten übermitteln.

REP Niedersachsen mit neuer Internetseite

Der Landesverband der Republikaner in Niedersachsen wird in Kürze mit einer neuen Internetseite für sich werben. Auf der Seite wird dann über lokale Veranstaltungen und Aktivitäten berichtet. Zudem veröffentlichen die Parteifreunde hierüber ihre Pressemitteilungen. Damit ist ein weiterer Landesverband mit eigener und neuer Internetpräsenz vertreten.

REP Sachsen nimmt weiter Fahrt auf

Äußerst dynamisch ist die Entwicklung des Landesverbandes in Sachsen. Im Zuge der anstehenden Kommunal-, Landtags- und Europawahlen wird künftig mit Infoständen für die Ziele unserer patriotischen Gemeinschaft geworben. Zudem werden in verschiedenen Regionen monatliche Informationsabende eingeführt, so z.B. im Kreis Bautzen.

Wer Interesse an einem Besuch unserer Informationstreffen hat oder sich unserer Partei anschließen will, der kann seine Anfrage direkt an den Landesverband richten: sachsen@rep.de

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer.

Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 5 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>**



Spenden für
Deutschland >



Kontakt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. Bruchsal, am 24.04.18, 18.30 Uhr; Wiesental, 29.04.18, 10.00 Uhr. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.